

# Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Bezugs-Gebühr In Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die Spalte 37 von Seite 2 M. sind Familienangehörigen, die in der Provinz wohnen, unter 20 M. zu ermäßigen. Einzelhefte 20 Pf. Einzelhefte 20 Pf.

Schriftleitung und Anzeigen-Abteilung: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Gieseck & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verleger: Gieseck & Reichardt. Druck: Gieseck & Reichardt. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit beifolgender Quittung (Dresdner Nachr.) zulässig. — Inverlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

## Dr. Simons über Paris und London.

### Eine Rede im Reichswirtschaftsrat.

Bestimmte, 24. Febr. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Bonhauser Konferenz, ergreift der Vorsitzende Herr v. Braun das Wort: Wir werden heute über die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, über die Vorbereitung der Entscheidung darüber, ob Deutschland der Weg offen bleibt, sich aus dem Zusammenbruch in harter Arbeit wieder emporzuarbeiten, oder ob es als Volk aufhören soll, zu bestehen. Nachdem die Pariser Beschlüsse bekanntgegeben worden sind, haben alle Volksteile die furchtbaren Bedingungen begriffen. Das ganze Volk ist einzig in der Ablehnung der Bedingungen, die Deutschland zu Elend und Hunger verurteilen. Es gibt keine Veranschaulichung über das Maß der Leistungslosigkeit hinaus.

Rein Volk kann auf die Dauer Sklavensarbeit leisten. Deutschland braucht eine Rumpolke. Wenn man sich diese nicht gewöhnen will, muß jeder Versuch, weitere Beschlüsse herauszupressen, vergeblich bleiben. Die Gegner würden sich nicht einsehen, daß sie mit Sklavensarbeit keine Reichtümer und Deutschland herauszupressen können, sondern sich nur den Kopf der ganzen Welt ausgeben. (Sehr lebhaftes Beifallen.) Wir sind darauf angewiesen, zur Erhaltung des deutschen Volkes auf Zuschüsse aus dem Ausland zu rechnen, und ein großer Teil unserer künftigen Arbeit und Einnahmen, auf denen die deutsche Industrie beruht, ist uns jetzt entzogen. Wenn die Entscheidung über die Oberleitung gegen Deutschland ausfällt, sind wir als industrieller Auslandsland erledigt. Auch unter Aufhebung der Zölle und kann nur durch langjährige harte Arbeit wieder aufbebaut werden. In dieser Verfassung können von Deutschland keine Zuschüsse erwartet werden. Das deutsche Volk wird lieber aus der Erde gehen, als das Urteil über den Sklavensarbeit zu erdulden. Der Reichsminister des Auswärtigen rief sich nach London zu gehen. Ich richte an ihn namens des Reichswirtschaftsrates die Frage, ob er entschlossen ist, die einmütige ablehnende Haltung des deutschen Volkes anzuerkennen und.

wenn es sein muß, bis zum bitteren Ende, zu vertreten und andere Vorstände zu machen, die die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes berücksichtigen. Nachdem Herr v. Braun seine Rede unter Beifallbegegnungen beendet hat, ergreift

### Reichsminister Dr. Simons

das Wort: Es ist mir eine große Genugtuung, daß die Aufhebung des Herrn Vorsitzenden mit Beifall erfolgt ist, vor der Reihe nach London mit denjenigen Vertretern der deutschen Wirtschaft in Verbindung zu treten, die nach der Verfassung berufen sind, Wortführer der deutschen Wirtschaft auch in den schweren Probenzeiten zu sein, mit denen wir uns in London zu befassen haben werden. Das Ausland hat recht, wenn es den Reichswirtschaftsrat der Kammer der Arbeit nennt. Ich bin mir vollkommen klar, daß ich in einer Kritik der Pariser Beschlüsse keine neuen Gedanken bringen kann. Die meisten von den Fragen, die in diesen Beschlüssen angedeutet werden, sind schon verhandelt worden. Dennoch werden Sie mir gestatten, nochmals das folgende anzudeuten, was die Reichsregierung und die Vertreter des Reiches in London als Kritik der Pariser Beschlüsse darzulegen beabsichtigen. Ich muß dabei ganz kurz auch eingehen auf einen Punkt, der nicht ein rein wirtschaftlicher ist, aber dennoch sehr stark in die wirtschaftlichen Fragen der Entscheidung, der Punkt der Entschaffung.

Die Pariser Beschlüsse sehen sich zum großen Teil aus den Entschaffungsfragen und zu einem größeren Teile aus den Reparationsfragen an. Ich wiederhole den Grundgedanken, den ich auch in meiner Reichstagsrede ausgesprochen habe, nämlich, daß die Reichsregierung gewillt ist, die Entschaffungsverpflichtungen, die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa uns auferlegt haben, loyal innerhalb des Friedensvertrages zu erfüllen. Wir haben uns militärisch in diesem Hinsicht schon abgegeben. (Sehr richtig!) Es ist meiner Ansicht nach eine vollkommen gerechtfertigte Forderung, wenn man immer noch davon spricht, daß die Gefahr besteht, daß wir militärisch angreifen könnten. Nach dem, was uns vorgebracht ist, können wir mit unserer Not den ruhigen Gang unserer wirtschaftlichen Produktion gewährleisten (Widerstand), aber von einem militärischen Angriff auf fremde Völker kann unter ernsthaften Bedenken keine Rede sein. (Sehr lebhaftes Beifallen.) Soweit sich in der Durchführung der Entschaffungsaktion unter der Kontrolle der internationalen Kommission Mittel erheben lassen, wie sie in großer Zahl in den Pariser Beschlüssen wiedererwähnt sind, werden diese Maßnahmen nach Kräften beibehalten werden, allerdings immer im Hinblick auf das, was uns der Friedensvertrag auferlegt. Es gibt aber unter diesen Punkten auch einige, wo wir der Heberzeugung sind, daß unter dem Deckmantel der militärischen Bedrohung eine wirtschaftliche und industrielle Herabwürdigung der deutschen Volkswirtschaft bezweckt wird. (Sehr richtig!) Daran ist auch der Reichswirtschaftsrat interessiert; er muß den Gegnern sagen: Ihr geht hier über das Maß eurer Rechte hinaus! Ich will nur hinweisen auf die Frage der Dienstleistungen, die noch immer

nicht im Sinne unserer Auffassung geklärt ist; auf die eigentlichen Reibungen, mit denen jetzt die Durchführung der Bestimmungen verbunden wird, monoch wir verpflichtet sind, militärische Methoden und Verfahren anzuwenden, die jetzt von der Gegenseite auch auf friedliche, zum Beispiel chemische und andere wirtschaftliche Geschäftszweige anzuwenden, ausgeübt wird. Auch da gehen die Gegner weit über das Maß hinaus, und darüber wird gerade werden müssen. Ich will endlich hinweisen auf die

Herabwürdigung der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die nach unserer Ansicht für uns von außerordentlicher Bedeutung und für den wirtschaftlichen Verkehr mit der Außenwelt unabwendbar ist. Ich hoffe, daß in London sich Gelegenheit bieten wird, über diese Vorgänge handlung sich mit den Gegnern zu unterhalten. Ob das der Fall sein wird, ist freilich nicht sicher, hat doch jetzt die ganze Bonhauser Konferenz, daß die Beschlüsse sich ausdrücklich erstrecken sollen auf die Reparationen, nicht auf die Entschaffung. Unvollständig ist aber, daß wir in den Reparationsfragen einen außerordentlich hohen Stand zu erreichen zu beabsichtigen haben, denn die Pariser Beschlüsse sind nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern sie sind in heiligem Komplex und, wie ich glaube, in großer Höhe schließlich aufzufassen, um den unbedingten Kommandos des finanziellen und wirtschaftlichen Vorgehens unserer Gegner gerecht zu werden. Jetzt haben sich die Gegner auf diese Forderung geeinigt, und es wird unbedeutend, wenn sie von dieser Einigung zu einer anderen Einigung zu bringen.

Die Gegenstände werden wir so einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung mit unseren Gegnern noch rechnen können. Dreißig Jahre ist in der Transatlantischen Presse gesagt, in London handelt es sich nicht mehr um eine Veränderung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung.

Dann gehen wir vergebens nach London, denn eine Anwendung der Durchführung dieser Beschlüsse hätte ich für völlig ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Es liegt mir fern, vor Ihnen alle unsere Gründe dafür nochmals auszubreiten. Ich will mich nur auf den einen Punkt beschränken: auf die Unmöglichkeit der Annuitäten und die Unmöglichkeit der unbedingten Abgabe auf den Export. Nur das Merkmal dieser Bestimmungen, die Zollkontrolle und die Grenzsperrung, werde ich mit einigen Worten zurückkommen. Eine besonders wichtige Annuität ist beinahe die Leistung von 6 Milliarden Goldmark jährlich, die 12 Jahre lang auf der deutschen Wirtschaft lastet. Es ist der Heberzug des Exports, der diese Leistung jährlich voraussetzt. Alle Sonderverhandlungen bei und darüber einle, daß mit 6 Milliarden auch das Jahr leisten können, wenn auf die Dauer sich ein Heberzug der Ausfuhr erdulden läßt, so daß wir in der Lage sind, diese Leistung in die Waagschale werfen zu können. Wir müssen dann mit einer außerordentlich großen Gelamtaufgabe rechnen können. Ein großer Teil unserer Ausfuhr beruht aber auf der Einfuhr von Rohstoffen, die wir verarbeiten, zur Ausfuhr. Je mehr wir davon einführen und verarbeiten, desto mehr liefern wir auch den Wert unserer Ausfuhr. Stellen Sie sich vor, wie sich dadurch der Weltmarkt gestalten muß. Der ganze Export gerät in Unordnung, nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle übrigen Länder. Wie sollen wir eine solche Ausfuhr auch nur annähernd herstellen? Das ist nicht möglich, es sei denn, daß wir es auf Kosten des eigenen Inlandsbedarfes forcieren. Das kann man aber nicht, wenn man den Inlandsbedarf gar so sehr einschränkt.

Es ist nicht eine durchgehende, sondern eine von ungesundem Optimismus eingehende Idee, daß wir darunter sechs Milliarden Goldmark aus unserem Ausfuhrüberschuss dem Gegner zur Verfügung stellen sollen.

Nun ist aber unsere bisherige Gegnerlichkeit nicht darauf aus, uns eine bevorzogene Ausfuhr möglich zu machen, sondern im Gegenteil: schon jetzt macht sich überall das Beharren geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden. Das ist nicht nur ein hohes Ergebnis des Pariser Friedensvertrages, der uns den Weltmarkt unendlich machen will, sondern daß man überall die deutsche Konkurrenz fürchtet. Überall wird Vorbeuge getroffen, um die deutsche Konkurrenz, die durch den geringen Wert der deutschen Rohstoffe zum Steigen gekommen ist, wieder zurückzubringen. Wie paßt dazu das Verlangen, neben den sechs Milliarden Goldmark und auch noch eine 12prozentige Ausfuhrabgabe aufzuerlegen? (Sehr richtig!) Die Ausfuhrabgabe wurde uns in erster Linie damit nahegelegt, daß man uns sagte: Wenn Ihr diese Abgabe nicht auf die Ausfuhr legt, dann bekommt Ihr die Differenzierungen zahlen auf deutsche Waren. Ich warne ausdrücklich, diesen Weg zu betreten. Er ist ein Irrweg. Der deutsche Steuerzahler kann diese Verantwortung nicht tragen. Das müßte die deutsche Industrie tun, die für den großen Export arbeitet, und die Verantwortung des deutschen Volkes ist an dieser Stelle interessiert. Die wichtigste Quelle für den Wiederaufbau wird dadurch nicht nur behindert, bei Wiederaufbau wird vielmehr zum Erliegen gebracht. Die Statistik zeigt besonders aus den letzten Tagen, daß von einer ausbleibenden Bewegung nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil kann ich sagen, daß wir einer ganz anderen Entwicklung entgegengehen.

Die Welle der Geschäftslage, die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. (Beifallen und Zustimmung.) Es ist die allgemeine Welt-

tendenz, die nicht abhängig, den Bedarf zu decken, indem man viel verbraucht, sondern sich nach Möglichkeit einzuhalten (sehr lebhaftes Beifallen). Ich hoffe, daß die deutschen Völker, die der Stille aller unserer hat, durch Sparmaßnahmen wieder aufbehalten. Wie kann man da glauben, daß Deutschland das alleinige Land sein kann, das eine solche Belastung seiner industriellen Leistungsfähigkeit vornehmen kann, um einer solchen Leistung von 6 Milliarden plus 12 Prozent der Ausfuhr, die von der Gegenseite auf 2 Milliarden Goldmark gekürzt wird, Herr zu werden. In dieser Annahme, die uns in Paris auferlegt wurde, liegt nicht weiter, als der Wille, die deutsche Wirtschaft auszuscheiden der fremden Industrien zu ersetzen, wodurch dann allerdings auch die Wirtschaft dieser Länder selbst zerstört wird. (Sehr richtig!) Es ist also eine vollkommen falsche Maßnahme. Die Ironie der Sache ist, daß man 12 Jahre lang die deutsche Volkswirtschaft stellen will, um von uns die großen Summen zu erpressen, welche sich darstellen als eine Verurteilung des europäischen Handels und der europäischen Arbeit der ganzen Welt. (Sehr lebhaftes Beifallen.)

Von Ihrem wirtschaftlichen Aussehen ist schon darauf hingewiesen worden, daß eine solche Verurteilung des deutschen Volkes zur Verhinderung gegen die Leistungen von den Gegnern und von uns unterforderten Verpflichtungen verfehlt. Es ist nicht denkbar, daß diese Arbeit geleistet werden kann, ohne den Schulden unserer arbeitenden Bevölkerung weit über das Maß des Ausfuhrüberschusses zu lassen. Im Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten an eine gemessenen Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder. (Sehr lebhaftes Beifallen.) Auch von uns ist das unterzeichnet.

Die Arbeit soll nicht lediglich als eine Daseins- oder als Gesundheitsmaßnahme angesehen werden, auch nicht, wenn sie zu Reparationszwecken dient.

Auch ist eine Lohnzahlung vorzuziehen, die eine angemessene Lebensführung sichert. Mit diesen Methoden läßt sich das nicht erreichen. (Sehr lebhaftes Beifallen.) Die Verhandlungen sind beendet.

### Große deutsche Jugendländliche?

(Einige Drahtberichte der Dresdner Nachrichten.) Basel, 24. Febr. Die Berliner Korrespondenz der „Nationalen Zeitung“ erzählt, daß die deutsche Regierung in London zu wesentlichen, über die bisherigen gegenseitigen Grenzen hinausgehenden Zugeständnissen in der Wiederannäherungspolitik bereit ist. Der Berliner Korrespondent der „Nationalen Zeitung“ ist der Redakteur Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“, der Anführer des demokratischen Reichsministers Dr. Simons.

Daß die deutschen Zugeständnisse bis an die Grenze der Möglichkeiten gehen werden, hat Dr. Simons in seinen Reden mehrfach betont. Diese werden aber kaum wesentlich über das hinausgehen können, was bisher über die Gegenverpflichtungen bekannt geworden ist, weil wir einfach nicht mehr leisten können. Man wird lebhaftes auf tun, die diesbezügliche Verhandlung mit großer Vorsicht anzufassen.

### Bayern und die Preußenwahlen.

München, 24. Febr. Die „Münchener Nachrichten“ schreiben zu dem Thema „Bayern und die Preußenwahlen“ folgendes: Man muß es sich zeigen, ob man auch in Preußen den gleichen Weg zu gehen beabsichtigt wird, auf dem man in Bayern bereits mit so viel Erfolg voranschritten ist. Es bleibt nur die eine Möglichkeit einer großen Einheitsfront aller nicht-faschistischen Parteien des preussischen Landtages, die zusammen über 250 Mandate verfügen. Die Entscheidung liegt bei der Deutschen Volkspartei. Wir bitten Sie nicht zu, grundsätzlich den Ausschlag der Reichstagsparlamentarismus zu verlangen, aber was wir von Sie verlangen und was die durch den Wahlausfall geschaffene Lage von Sie fordert, ist, daß Sie unter allen Umständen nur zusammen mit der Deutschen Nationalen Volkspartei in die preussische Regierung eintritt. Das in Bayern möglich war, auch sich bei auten Wahlen und bei einiger Engherzigkeit auch in Preußen ermöglichen lassen und was sich in Bayern so glänzend bewährt hat, kann auch in Preußen nicht zu einem Mißerfolg führen.

### Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Berlin, 24. Febr. Gestern hat namens der Demokratischen Fraktion mit dem Abg. Müller-Franke als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion verhandelt. Dieser Besprechung ist eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion gefolgt, an der auch sämtliche preussische Mitglieder und der Parteivorstand teilgenommen haben. Diese gemeinsame Sitzung ist ausschließlich der Koalitionsfrage gewidmet gewesen. Eine endgültige Entscheidung ist gestern nicht gefallen.

### Die Reichspräsidentenwahl.

(Erdbeimeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich Ende Juni erfolgen. Es wird eine Verständigung darüber innerhalb der Regierungsparteien angetrebt.